



ENTWURF

Wortprotokoll der 108. Sitzung

Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Berlin, den 26. April 2024, 08:01 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal 4. 700

Vorsitz: Katrin Zschau, MdB

Tagesordnung

Einziges Tagesordnungspunkt

Seite 3

Unterrichtung durch das Bundesministerium für
Wirtschaft und Klimaschutz zur Frage der
politischen Einflussnahme auf die Bewertung der
Fachabteilungen zu einer möglichen
Laufzeitverlängerung der letzten drei
Kernkraftwerke



ENTWURF

Anwesenheit laut Unterschriftenliste oder Rückmeldung bei digitaler Teilnahme:

Mitglieder des Ausschusses

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Bergt, Bengt Hümpfer, Markus Kleebank, Helmut Mehltretter, Andreas Mesarosch, Robin Rimkus, Andreas Scheer, Dr. Nina Zschau, Katrin	
CDU/CSU	Gramling, Fabian Heilmann, Thomas Helfrich, Mark Jung, Andreas König, Anne Lenz, Dr. Andreas Weiss, Maria-Lena	Gebhart, Dr. Thomas Grundmann, Oliver Müller (Braunschweig), Carsten
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Badum, Lisa Henneberger, Kathrin Herrmann, Bernhard Nestle, Dr. Ingrid Uhlig, Katrin	Michaelsen, Swantje Henrike
FDP	Glogowski-Merten, Anikó in der Beek, Olaf Kruse, Michael Stockmeier, Konrad	Semet, Rainer
AfD	Hilse, Karsten	
Gruppe Die Linke	Lenkert, Ralph	

Ministerium bzw. Dienststelle	Name	Amtsbezeichnung
BMWK	Habeck, Dr. Robert	BM
BMWK	Wenzel, Stefan	PStS



ENTWURF

Einzigster Tagesordnungspunkt

Unterrichtung durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz zur Frage der politischen Einflussnahme auf die Bewertung der Fachabteilungen zu einer möglichen Laufzeitverlängerung der letzten drei Kernkraftwerke

I. Protokoll für den Zeitraum von 8:01 Uhr bis 8:07 Uhr

Die **Vorsitzende** begrüßt die Teilnehmenden und bedankt sich bei Bundesminister Dr. Robert Habeck dafür, dass er so kurzfristig kommen konnte.

Die **Vorsitzende** schlägt vor, dass der Minister zu Beginn sieben Minuten Zeit erhalte, um im Zusammenhang vorzutragen. Daran würden sich zwei Fragerunden à drei Minuten anschließen. Sie stelle fest, dass es einen Antrag der CDU/CSU gebe, ein Wortprotokoll erstellen zu lassen und die Öffentlichkeit der Sitzung herzustellen. Sie frage, ob jemand dagegen sei, dass ein Wortprotokoll erstellt werde. Dies sei nicht der Fall. Sie lasse nun darüber abstimmen, ob die Öffentlichkeit der Sitzung hergestellt werden solle.

II. Wortprotokoll für den Zeitraum von 8:07 Uhr bis 8:52 Uhr

Die **Vorsitzende**: Ab jetzt ist die Sitzung öffentlich. Herr Bundesminister, ich denke, das ist auch in Ihrem Sinne. Sie haben nun Gelegenheit, im Zusammenhang vorzutragen. Hierfür haben Sie sieben Minuten.

BM Dr. Robert Habeck: Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Guten Morgen, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen. Das mache ich sehr gern. Erlauben Sie mir einmal noch darauf hinzuweisen, dass ein Jahr nach dem Atomausstieg die Energieversorgung jederzeit gesichert ist, dass die Preise am Handel runtergegangen sind und Vorkrisenniveau erreicht haben, dass die CO₂-Emissionen sinken, dass die Kohleverstromung auf einem jahrzehntelangen tiefen Niveau angekommen ist, dass die Gasspeicher nach dem zweiten Winter noch immer gut gefüllt

sind, dass sich die Gaspreise reguliert, erholt haben und dass die Unkenrufe und die Besorgnisse, die wir Anfang des Jahres 2022 haben mussten, sich nicht bewahrheitet haben. Das nicht zu vergessen bei all den Punkten, die dann zu diskutieren sind.

Ich möchte weiterhin darauf hinweisen und werde das auch gleich ausführen, dass für uns, für mich persönlich, wie für das gesamte Ministerium die Versorgungssicherheit in dieser bedrohlichen Situation, die wir alle noch erinnerlich haben, eine absolute Priorität hatte. Das war auch der Marschbefehl gewesen, dass wir immer alle Optionen geprüft haben, dass wir vor dem russischen Angriffskrieg auf die Betreiber der Energieversorger zugegangen sind und auch die Frage der Verlängerung der Laufzeit mit ihnen diskutiert haben, also proaktiv gehandelt haben und die Diskussion immer geführt haben mit dem Blick auf die Versorgungssicherheit, die am Anfang ja auf die Sorge, ob wir genug Gas haben, ausgerichtet waren.

Die Diskussionen erfolgten immer sorgfältig und sachorientiert, wurden ständig überprüft und – das wird sich ja dann im Laufe des Jahres mit den Daten darstellen – auf den jeweils veränderten Grundlagen. Lassen sie mich kurz in das Jahr 2022 einsteigen, um ein bisschen die Dokumente, die Ihnen vorliegen, eine Tischvorlage ist ja erstellt, einzuordnen. Sie sehen dort – ich weiß nicht, ob es jetzt da drin ist, sonst können wir das natürlich alles nachreichen – dass am 24. Leo Birnbaum, der CEO, nein Entschuldigung, es war Guido Knott, also der Geschäftsführer, aber Leo Birnbaum hat das abgezeichnet, am 24.2., also bei Kriegsbeginn, bereits auf ein laufendes Gespräch schriftlich Bezug genommen hat, woraus sich logischerweise ergibt, dass wir vorher mit ihm gesprochen haben. Also vor Kriegsbeginn haben wir die Frage der Atomdebatte aufgeworfen und ich in persönlichen Gesprächen jeweils mit den Unternehmen auch diskutiert. Am 24.2. selbst hatte ich, das war lange schon geplant, ein Gespräch mit Markus Krebber, also es hatte nichts mit dem Kriegsbeginn zu tun, aber RWE war bei mir im Haus. Wenige Tage danach ist einmal noch schriftlich eine Mail ans Haus gegangen und hat gefragt, ob wir mit einer längeren Laufzeitverlängerung Gas einsparen können als Maßnahme der Vorsorge. Ich sagte schon, am 24.2. gab es ein



ENTWURF

schriftliches Dokument von E.ON, am 26.2. hat RWE geantwortet und am 2.3. EnBW jeweils auf die Frage.

Ich würde gerne mit Erlaubnis der Vorsitzenden nur einige Sätze aus diesen Briefen zitieren, die dann sozusagen das Gesamtbild ergeben. E.ON schreibt in der Mail vom 24., dass die bestehenden Kerne der laufenden Atomkraftwerke auf Ende gefahren sind. Eine Bestellung von Brennelementen dauert normalerweise 18 Monate plus. RWE schreibt am 26., das liegt Ihnen vor, die Seiten sind nicht nummeriert, aber in meiner Zählung ist es auf der ersten Rückseite, also Seite 2: „Die im Kern bis Ende 2022 vorhandenen Brennelemente verlieren sukzessive physikalisch ihre Leistungsfähigkeit geplant auf den 31.12.2002 („Stretch-Out-Betrieb“) und produzieren anlagenindividuell immer weniger Elektrizität/können nicht weiter ausgenutzt werden“, meint also über das Jahr hinaus. Und EnBW schreibt am 2.3. auf Seite 1, liegt Ihnen ebenfalls vor, untere Hälfte, mitten im Block, das ist der vorletzte Block, bevor die Nummerierung kommt: „dass die noch vorhandenen Brennelemente [bis Ende des Jahres] weitgehend verbraucht wären und die Betreiber aufgrund des Atomausstiegs auch keine neuen Brennelemente mehr beschafft haben.“ Das waren die schriftlichen Unterlagen zu Ende Februar.

Zeitlich ist es dann so weitergegangen, wie auch unter den Dokumenten ersichtlich, dass wir – ich glaube es war ein Samstag, am 5.3. – noch einmal eine gemeinsame Telefonkonferenz mit den genannten Unternehmen und den jeweiligen CEOs hatten. Daraus ist ein gemeinsames Protokoll erstellt worden, das Ihnen ebenfalls vorliegt. In diesem Protokoll ist dann auch noch einmal gemeinsam festgehalten worden, dass die Brennelemente über das Jahr 2022 hinaus nicht mehr verfügbar sind und eine Bestellung zum damaligen Zeitpunkt, so hieß es jedenfalls, wie gesagt, wie bei EnBW vorgetragen, 18 Monate plus dauert. In diesem Dokument ist auch Bezug genommen worden auf die gestern medial diskutierte Frage in dem Referentenvermerk. Dort steht es ebenfalls, ich glaube es ist auch nicht nummeriert, aber auf Seite 2 muss es dann sein, also die Ziffer 2 Variante B, ich zitiere, „der Streckbetrieb führt nicht zu einer Mehrerzeugung von Strom aus den Kernkraftwerken“. Das ist ja die Prüfaufgabe gewesen. Ich will damit sagen, dass zu Beginn des Jahres

2022 die Aussage der Unternehmen war, eine Laufzeitverlängerung ist nicht möglich, weil die Brennelemente verbraucht sind mit Auslaufen des Jahres, wie eben vorgestellt.

Wir haben dann auch geprüft, ob man eine Verlagerung, den sogenannten Streckbetrieb, machen kann. Also, dass man sie über den Sommer hinaus, wo ja in der Regel durch die erneuerbaren Energien und auch durch einen geringeren Stromverbrauch die Last geringer ist, die Zeit etwas verlängern kann. Allerdings rufe ich in Erinnerung, dass wir zu Beginn des Jahres 2022 leere Gasspeicher hatten. Also die Hauptsorge war damals, das ist jetzt vielleicht der Erinnerung schon gar nicht mehr so zugänglich, gar nicht in allererster Linie: Kommen wir über den Winter? Sondern damals noch: Kommen wir über den Sommer? Die Speicher waren leer und wir mussten ja befürchten, dass wir das Gas nicht so schnell neu beschaffen konnten. Also insofern ist auch diese Variante wie im Prüfvermerk angesprochen oder in dem Vermerk, der jetzt medial diskutiert wird, angesprochen worden und immer wieder diskutiert worden.

Dann über das Jahr hinweg hat sich die Lage in zweierlei Hinsicht verändert, hin zum Juni etwa erst einmal real verändert. Putin hat ab Frühsommer die Gaslieferung immer weiter reduziert und am Ende ganz eingestellt. Zweitens sind die französischen AKWs in großer Zahl vom Netz gegangen, teilweise auch wegen der Trockenheit, weil sie nicht mehr genug gekühlt werden konnten, teilweise wegen erhöhtem Reparatur- oder Wartungsbedarf. Und wir hatten, Sie erinnern sich, sehr trockene Dürren. Das heißt, sowohl die Kohleschifffahrt auf dem Rhein war eingeschränkt, auch die Wasserkraftwerke im Süden sind nicht gelaufen. Lange Rede, kurzer Sinn: Von dem „Gas-Droh-Szenario“ hat sich über den Sommer das Szenario auf die Frage der Stromstabilität verschoben. Und dann kamen die Nachrichten zuerst von E.ON, dass sie doch die Brennelemente länger nutzen könnten. Der Rest ist dann auch, denke ich, bekannt und noch gut diskutiert. Wir haben zwei Stressszenarien durchgeführt. Die Ergebnisse waren so, dass die Atomkraftwerke einen kleinen, aber nicht einen überragenden Anteil leisten würden. Und am Ende ist es zu einer Laufzeitverlängerung gekommen. Soweit mit Blick auf die Uhr einfürend.



ENTWURF

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Minister. Jetzt kommen wir zu der ersten Fragerunde und ich erteile das Wort für die SPD-Fraktion Dr. Nina Scheer. Für Frage und Antwort, nochmal präzisierend, drei Minuten.

Abg. **Dr. Nina Scheer** (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich möchte auch nochmal festhalten, dass die Frage der Laufzeitverlängerung oder einer möglichen Notwendigkeit von Laufzeitverlängerungen nicht reduziert werden sollte, wie das jetzt auch mit diesen gerade diskutierten, öffentlich diskutierten Aufhängern meines Erachtens aber der Fall ist, auf wenige, einzelne Analysen, die sich dann auch etwa an der Merit Order orientieren oder an Marktpreisbildungen. Denn der Atomausstieg in Gänze war auf jeden Fall auf breitere Füße gestellt. Er hat die Gesamtkostenrechnung immer mit in den Blick genommen. Er hat die Gesamtverantwortung für die Gesellschaft mit in den Blick genommen. Er hat die Endlagerfragen mit in den Blick genommen. Und wir hatten ja einen über viele Jahre angelegten Ausstiegsprozess.

Und wenn eben wie auch damals, als es um die letzten Nutzungen von Atomenergie ging, auch schon zu beobachten war, konnte man den Eindruck gewinnen, dass in der Öffentlichkeit und auch von manchen politischen Akteuren gar nicht um die drei verbliebenen Atomkraftwerke gestritten wird, sondern als ob es um eine Atomenergienutzung in Gänze, also in einem etwas umfangreicheren Maße ginge, was aber zu diesem Zeitpunkt bei den drei verbliebenen und ja schon von den Brennelementen aus betrachtet, auf Ende gefahrenen Brennelementen ja gar nicht mehr die Rede war. Es waren drei verbliebene, von denen man wusste, dass sie allenfalls über einen Streckbetrieb, wie dann ja auch analysiert wurde, noch genutzt werden könnten.

Insofern ist meines Erachtens all das, was jetzt auch im Kontext dieser Analysen oder Recherchen in Richtung Bundeswirtschaftsministerium auch hochgeholt wurde, meines Erachtens nicht geeignet, diese Gesamtentscheidung, die auch politisch in dieser jeweiligen Situation getroffen wurde, diese Gesamtentscheidung irgendwie auf andere Füße zu stellen. Sondern wir hatten viel

mehr, wie gesagt, um diese drei letzten Atomkraftwerke zu entscheiden. Alles andere wäre auch ganz unabhängig von der Gesamtentscheidung mit Blick auf die dann zu beschaffenden Brennelemente nicht hilfreich in der Situation gewesen, um die es damals, wie gerade Herr Habeck ausgeführt hat, ging. Und es ging eben nicht darum, ob man in Gänze jetzt irgendwo einen nennenswerten Anteil Stromgewinnung auf andere Füße stellen könnte in diesem betreffenden Zeitpunkt und in den betreffenden Monaten, um die es ging. Und da haben sehr wohl viele verschiedene Analysen eine Rolle gespielt. Auch der Stresstest der Bundesnetzagentur wurde dabei herangezogen. Zwei Stresstests gab es nacheinander. Und insofern halte ich es einfach als Analyse auch der Faktenlage und der heranzuziehenden Faktenlage nicht für geeignet, den Vorgang heranzuziehen, um die politische Entscheidung irgendwo anders ausfallen zu lassen. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Ich erteile das Wort Andreas Jung von der CDU-CSU-Fraktion.

Abg. **Andreas Jung** (CDU/CSU): Frau Vorsitzende, Herr Minister, Sie hatten in der Öffentlichkeit angekündigt, dass es eine ergebnisoffene Prüfung eines Weiterbetriebs der Kernkraftwerke geben sollte. Nachdem, was wir lesen konnten – das, was Sie auf den Tisch gelegt haben, konnten wir in der Kürze noch nicht durchdringen – wird durch die Unterlagen der Zweifel genährt, dass es keine Offenheit gab, sondern ein Ergebnis, das politisch gewünscht war und für das dann entsprechend Vermerke verfasst und auch bestellt wurden.

Und deshalb die Frage: Bleiben Sie bei Ihrer Einschätzung, dass es diese offene Prüfung tatsächlich gegeben hat? Und damit zusammenhängend: Es gibt den Vermerk Ihres Fachreferats Versorgungssicherheit vom 3. März, in dem beschrieben wird, dass ein längerer Betrieb einen Beitrag leisten würde zur Versorgungssicherheit und zur Dämpfung der Stromkosten. Kannten Sie diesen Vermerk? Und wenn nicht, meinen Sie nicht, dass Sie als Minister so einen Vermerk kennen sollten? Das ist ja nicht, wie Sie eben gesagt hatten,



ENTWURF

irgendetwas, was man auf dem Flur hört, sondern es ist das zuständige Referat für Versorgungssicherheit.

Die **Vorsitzende**: Herr Minister, Sie haben das Wort.

BM **Dr. Robert Habeck**: Ja, ich würde es sogar noch härter betonen. Es war ausdrücklich mein Wunsch und der hinterlegte Auftrag, alle Varianten zu prüfen, inklusive einer Laufzeitverlängerung, für das Haus. Sie sehen ja aus dem Vermerk, bevor ich ihn inhaltlich einordne, dass das auch passiert ist. Also es gab jetzt nicht eine Diskussion oder ein Diskussionsverbot, sondern alle sollten sich Gedanken machen, ob das funktioniert. Meiner Ansicht nach erzählen die Akten, die jetzt ja jedenfalls teilweise da sind – aber ich will das sehr gerne dem Ausschuss anbieten, dass wir da komplette Transparenz schaffen, also das, was den Medien zugegangen ist, natürlich Ihnen auch zugehen kann – eine andere Geschichte. Die Akten erzählen, wenn man sie genau liest und unparteiisch liest, die Geschichte: Hier wurden alle Optionen geprüft. Deswegen haben wir uns in der Kürze der Zeit, wir wollten Sie jetzt ja nicht zuwerfen mit Papier, darauf konzentriert, den Austausch der Schreiben mit den Unternehmen darzustellen, also E.ON, RWE und EnBW. Und das ist auch die Antwort auf den Vermerk, den ich nicht kannte, aber das ist auch kein fertiger Vermerk gewesen. Wenn Sie die Deckblätter des Hauses kennen, dann wissen Sie, dass die fertigen Vermerke mit Mitzeichnungen usw. anders aussehen. Das ist also ein Vorpapier gewesen, aber dennoch die relevanten Fragen aufwirft. Das ist genau richtig und genau die Fragen, die wir diskutiert haben.

Allein die Antwort ist, die Atomkraftwerksbetreiber haben gesagt, wir haben keine Reserven mehr in den Brennelementen. Deswegen sind die später anders mitgeteilten und auch anders bewerteten Fragen richtig gestellt, aber auch schon in dem Gespräch und in der schriftlichen Hinterlegung der Betreiber beantwortet worden. Dies sind in dem Sinne dann richtig gestellte Fragen, die wir diskutiert haben. Aber sie konnten nur in Theorie bleiben, weil die Atomkraftwerksbetreiber damals, Anfang März, gesagt haben, die Brennelemente sind auf das Ende des Jahres 2022 konfiguriert. Mehr ist nicht drin.

Abg. **Andreas Jung** (CDU/CSU): Ich möchte noch einen Satz dazu ergänzen–

Die **Vorsitzende**: Herr Jung, ich möchte noch einmal zum Verfahren sagen: Wir haben die Zeit vorgegeben und auch die Fragerunden besprochen.

Abg. **Andreas Jung** (CDU/CSU): Wir haben nichts dagegen, mit Papieren zugeworfen zu werden, im Gegenteil, wir haben die Erwartung, dass uns alle Vorgänge auf den Tisch gelegt werden.

Die **Vorsitzende**: Ich erteile das Wort Frau Dr. Ingrid Nestle.

Abg. **Dr. Ingrid Nestle** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank. Erst gestern hat das Bundesverfassungsgericht eine Klage aus ihren Reihen gegen unser Verfahren zurückgewiesen. Erst diese Woche haben Sie sich beklagt, wir würden in einem Verfahren zu spät die Unterlagen verschicken, obwohl wir so früh verschickt haben, dass die Beratungszeit ein Vielfaches dessen war, was in Ihren Regierungszeiten üblich war. Und jetzt wollen Sie aus diesen Unterlagen, die das wirklich nicht hergeben, einen Skandal herauslesen. Der Eindruck liegt wirklich nahe, dass Sie sich an jeden Strohalm klammern, um davon abzulenken, dass Ihre Energiepolitik in Ihrer Regierungszeit dieses Land in eine wirklich schwierige Lage geführt hat, die sich dramatisch zugespitzt hat, als Putin unsere Abhängigkeit von ihm genutzt hat und Minister Habeck mit seinen Leuten unser Land hervorragend durch diese Krise gesteuert hat, wir heil durch diese sehr, sehr schwierige Zeit gekommen sind. Und ich glaube, wenn irgendjemand bewiesen hat, dass er zum Wohl des Landes gehandelt hat in dieser Zeit und nicht ideologisch, dann war es Minister Habeck.

Wir lesen heute früh im Tagesspiegel Background: Die Entrüstung der Union ist so groß, dass sie kurzerhand Sondersitzungen in den zuständigen Ausschüssen anberaumt hat. Die Bundesregierung soll dann aufklären. Fraglich ist aber, was es denn eigentlich zu klären gibt. Das ist wirklich die Frage. Denn selbst in dieser Frage: „Ist es denn jetzt sinnvoller, den Atomstrom, den man aus den Brennelementen noch rausbekommt, im Sommer



ENTWURF

oder im Winter zu produzieren?“ hat Minister Habeck, hat sein Haus proaktiv gehandelt. Sie haben alle diese Fragen geklärt, alle Fakten auf den Tisch gelegt, damit politisch, natürlich politisch, entschieden werden kann in der Abwägung zwischen Sicherheitsrisiken und wie viel es hilft für die Stromversorgungssicherheit und die Preise. Die Frage war doch erstmal: Kann man da mehr Strom rausholen? Und dann war die Frage erstmal nein, weil die Brennelemente können nur so und so viel Strom produzieren. Dann kam die nächste Frage auf: Bringt es uns etwas im Winter statt im Sommer zu produzieren? All das wurde sachlich geklärt und natürlich auch: Wie hoch ist das Risiko eines Streckbetriebes? Alle diese Fragen wurden sachlich geklärt.

Es war aber nie die zentrale Frage, wie wir durch diesen Sommer, durch diesen Winter und durch den nächsten Winter kommen, ob das, was aus den Brennelementen von den letzten drei Atomkraftwerken, die es noch gab, herauszuholen war, im Sommer oder im Winter produziert wurde. Ja, es war eine relevante Frage, die intensiv untersucht worden ist. Aber Ihre Hoffnung scheint es doch zu sein, dass jetzt die Öffentlichkeit da draußen glaubt, daran hätten die Strompreise gehangen, daran hätten die Gaspreise gehangen, daran hätte die Versorgungssicherheit gehangen, ob diese im europäischen Strommarkt vergleichsweise sehr kleine Strommenge im Sommer oder im Winter produziert worden ist. Und nein, das war es nicht. Die wirklich großen Probleme, die kamen aus Ihrer Regierungszeit. Und davon wollen Sie einmal mehr ablenken, davor wollen Sie einmal mehr eine Nebelkerze werfen. Und ich hoffe sehr, dass Ihnen das nicht gelingt.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, Frau Nestle. Ich rufe Herrn Hilse von der AfD-Fraktion auf.

Abg. **Karsten Hilse** (AfD): Ja, vielen Dank, Frau Vorsitzende, Herr Minister. Sie haben, wenn ich es richtig lese, in einer Sendung Berlin direkt, wurden Sie gefragt zu dem Weiterbetrieb und haben dann gesagt, es wird geprüft, also die Frage ist zu beantworten und Sie haben dann quasi dazu gesagt, dass die Atomkraftwerke aber nur unter

höchsten Sicherheitsbedenken und möglicherweise noch nicht gesicherten Brennstoffzulieferungen weiterbetrieben werden könnten. Zumindest in der Frage „unter höchsten Sicherheitsbedenken“ sagen ja zumindest die Aussagen von EnBW, wie ich es gerade in dieser Handreichung gelesen habe, dass das kein Problem gewesen wäre. Wussten Sie das damals nicht oder haben Sie – ich will jetzt nicht sagen, bewusst die Unwahrheit gesagt, das würde ich Ihnen nicht unterstellen – aber wussten Sie es nicht, also gab es diese Analyse von EnBW noch nicht, dass es also rein sicherheitstechnisch zumindest keine Bedenken gibt?

Die **Vorsitzende**: Herr Bundesminister.

BM **Dr. Robert Habeck**: Natürlich haben wir uns auch umfänglich mit der Rechtsdiskussion und der Atomaufsicht befasst. Die Federführung dafür liegt im BMUV. Da sitzen Ihre Kollegen jetzt gerade mit der Kollegin Lemke zusammen und werden wahrscheinlich diesen Aspekt besonders diskutieren. Die Rechtslage ist so gewesen, dass mit dem Ende des Jahres 2021 auch die Erlaubnis zum Betrieb erlischt. Die konnte dann durch Atomgesetzverlängerung geheilt werden, aber erst einmal fehlte, hätte ohne gesetzliche Änderung eine gesetzliche Grundlage gefehlt. Und die Revisionszyklen, die Überprüfung wären dann ebenfalls mit zu beachten gewesen.

Natürlich, je länger die Atomkraftwerke laufen, es war ja auch dann mitten in der Diskussion, ob man sie noch einmal voll beladen soll, also nochmal eine Laufzeitverlängerung von etwa fünf Jahren hätte, dann in der Tat hätte der Prüfzyklus noch einmal durchlaufen werden müssen.

So jedenfalls damals der Sach- und Diskussionsstand, der dann wiederum dazu geführt hätte, dass die Atomkraftwerke während der Revision nicht leistungsstark laufen könnten. Insofern war das immer eine Diskussion und ausgedrückt habe ich da, und das ist auch, denke ich, unstrittig, dass Atomkraft eine Hochrisikotechnologie ist. Ich zitiere die Einstufung, die alle im Gesetz geteilt haben, und dass man Atomkraftwerke nicht einfach so weiterlaufen lassen kann, dass die deutschen Atomkraftwerke in einem permanent gut geprüften Status sind, ist unstrittig. Aber das muss



ENTWURF

natürlich auch für die Zukunft so sein. Insofern habe ich wiedergegeben, was die Rechtsauffassung und die Rechtslage war und, denke ich, auch unbestritten ist.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Ich rufe auf, Herr Kruse–

Abg. **Karsten Hilse** (AfD): Moment, ich will bloß noch kurz was sagen. Es geht ja hier um die Sicherheitsbedenken, um den technischen Zustand, und da haben Sie gesagt, dass es höchste Sicherheitsbedenken gäbe. Ich will es bloß feststellen. Es ging mir nicht um die Rechtslage.

Die **Vorsitzende**: Okay. Ich rufe auf, Herrn Kruse von der FDP-Fraktion.

Abg. **Michael Kruse** (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich möchte eingangs gerne sagen, dass ich es gut und richtig finde, dass wir jetzt sehr schnell über diesen Sachverhalt hier sprechen. Weil ich glaube, auch im letzten Jahr und durch das Herumgewaber, die Diskussion um die Person und das Verhalten des Staatssekretärs Graichen haben wir, glaube ich, alle miteinander gelernt, dass es klug ist, dann auch schnell solche Themen zu adressieren, zu besprechen. Ich finde es auch gut, dass wir hier öffentlich miteinander tagen. Ich finde es auch gut, dass das Wirtschaftsministerium, Sie, Herr Minister, angeboten haben, die Unterlagen, die der Presse ohnehin schon zur Verfügung stehen, auch dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen. Die Unterlagen, die wir jetzt hier ausgeteilt bekommen haben, dazu können wir jetzt noch keine Position vertreten. Die sind ja jetzt gerade erst im Ausschuss ausgeteilt worden. Wir sind da nicht vorbereitet gewesen, sie sind uns ja nicht im Vorfeld zugegangen. Deswegen werden wir uns dazu im Nachgang verhalten.

Im Frühjahr 2022 hat ja Annalena Baerbock gesagt, die Gasbrücke ist eingestürzt. Ich glaube, das ist, wenn wir uns miteinander erinnern, der wesentliche Punkt damals gewesen. Das, was die Brücke in die Zukunft zu den Erneuerbaren sein sollte, war eingestürzt. Das war unstrittig. Die Frage, die uns im Frühjahr 2022 umgetrieben hat, war die Frage, was ist eigentlich die neue Brücke? Was ist die neue Brücke in die Zukunft? Ich kann mich an eine sehr lange Diskussion darüber

erinnern, welchen Beitrag die Kernkraft hier spielen kann. Ich kann mich an eine sehr lange Diskussion dazu erinnern, welchen Beitrag die Kernkraft in Deutschland noch spielen kann.

Ich kann mich sehr genau daran erinnern, wie wir im Frühjahr 2022 unter größtem Hochdruck Gesetze beraten haben. Am 07.07. im Deutschen Bundestag Ersatzkraftwerkebereithaltungsgesetz, Erneuerbare-Energien-Gesetz, Wind-See-Gesetz. Ich könnte so weitermachen mit Gasspeichergesetzen.

Im Rahmen dieser Beratungen sind wir fast täglich, auch mit der Fachabteilung, auch mit Herrn Oschmann und seiner Abteilung im Gespräch gewesen. Ich glaube, jeder, der in diesem Frühjahr im Gespräch mit den Fachabteilungen war, konnte wissen, dass die Frage, ob es sinnvoll wäre, Kernkraftwerke länger laufen zu lassen, um Gaskraftwerke aus der Stromproduktion zu verdrängen, unstrittig war. Wir haben am 07.07. auch eine schriftliche Erklärung im Rahmen der eben genannten Gesetzesabstimmung abgegeben, aus der ich gerne zitieren möchte: „Wir müssen die Gasspeicher schnellstmöglich füllen und die Nutzung von Erdgas dort reduzieren, wo es ersetzbar ist. In einer solchen Lage darf es keine Denk- und Debattenverbote geben, denn jeder Kubikmeter zählt. Die Verantwortung für die Energieversorgungssicherheit gebietet es, den befristeten Weiterbetrieb der noch laufenden Kernkraftwerke ernsthaft in Erwägung zu ziehen. Diese Kraftwerke genügen höchsten Sicherheitsstandards und können einen wichtigen, wenn auch begrenzten Beitrag zur Gaseinsparung leisten. Die Stellungnahme von Wirtschafts- und Umweltministerium wurde in einer anderen Lage verfasst und wird mit ernsthaftem Widerspruch konfrontiert. Sie kann darum nicht die abschließende Grundlage einer Entscheidung sein.“

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Ich rufe auf, Herrn Lenkert von die Gruppe Die Linke.

Abg. **Ralph Lenkert** (DIE LINKE.): Vielen Dank. Heute, vor 38 Jahren, fand der größte Atomunfall der Menschheitsgeschichte statt. Tschernobyl. Ich finde es schon einigermaßen makaber, an diesem Tag hier ernsthaft darüber zu reden, dass man einfach so ohne Sicherheitsüberprüfung Kraftwerke, deren TÜV abgelaufen war– ich sage es mal



ENTWURF

brutal, die hätten im Jahr 2019, die letzten drei AKW, eine komplette Revision durchlaufen müssen, so wie jeder PKW eine komplette Revision nach Ablauf des TÜVs durchlaufen muss. Die fand nicht statt, mit Hinblick auf die geplante Stilllegung im Jahre 2022. Das heißt also, so ein Auto mit abgelaufenem TÜV, was über 35 Jahre alt ist, kann auch ohne Unfall vielleicht noch drei Monate weiterlaufen. Aber man sollte es zumindest vorher gründlich prüfen. Dass es erfolgt, dass das die Befürworter der Atomkraft nicht so sehen, sage ich ganz klar, ist leider so.

Übrigens, dass wir eine hohe Gasstromerzeugung hatten im Jahr 2022, hing damit zusammen, der Minister führte es aus, dass im Jahr 2022 die französischen Atomkraftwerke wegen des Klimawandels, wegen Dürre und wegen vieler Risse in den Reaktoren stillgelegt waren, ein Großteil. Im Übrigen hat Frankreich genau dafür der Bundesrepublik Deutschland extra Gasmengen zur Verfügung gestellt. Das lief also extra. Jetzt möchte ich noch zu etwas ganz anderem kommen. Die Kernkraftbetreiber, die Atomkraftbetreiber haben erklärt, sie haben kein Personal zur Verfügung im Frühjahr. Ich möchte ein Atomkraftwerk nicht mit fehlenden Personalbetrieben sehen. Sie haben wahrscheinlich Altersteilzeit oder haben Rentner zurückgeholt, um den Weiterbetrieb lösen zu können. Das muss man klären. Das braucht Zeit. Das ist also geregelt worden. Dann hat man gesehen, man kann wohl noch Geld verdienen. Wenn es um die Preise geht, können wir gerne eine extra Runde machen. Mir fehlt die Zeit. Aber zumindest das Kernkraftwerk Emsland hat definitiv eher zur Strompreiserhöhung als zur Strompreissenkung beigetragen.

Ich möchte noch ganz kurz darauf hinweisen zur Herstellung neuer Brennelemente: 18 Monate plus. Und jetzt stelle ich die Frage, woher kommt das meiste angereicherte Uran auf dieser Erde? Das angereicherte Uran stammt zu 56 Prozent aus Russland. 30 Prozent des angereicherten Urans benötigen die Vereinigten Staaten. 18 Prozent benötigt Frankreich, 8 Prozent Japan, 2 Prozent Südkorea und die anderen Staaten, die nicht ganz so eng bei uns sind. Wenn Sie das zusammenrechnen, das ist schon deutlich mehr als die 44 Prozent

angereichertes Uran, die außerhalb Russlands zu erhalten sind. Ich persönlich betrachte es als ausgesprochen unklug, die Abhängigkeit vom russischen Gas durch die Abhängigkeit von russischem Uran zu ersetzen. Herr Minister Habeck, sehen Sie das ähnlich?

BM Dr. Robert Habeck: Ich sehe das sehr ähnlich.

Die **Vorsitzende:** Jetzt kommen wir zur zweiten Fragerunde. Ich rufe auf, Helmut Kleebank von der Fraktion der SPD.

Abg. **Helmut Kleebank** (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Es ist ja jetzt die zweite Runde, wir haben eine Runde schon hinter uns. Und ich weiß nicht, ob es Ihnen aufgefallen ist, aber wir führen exakt die gleiche Debatte, die wir im Frühjahr 2022 geführt haben. Und zwar mit exakt genau den gleichen Argumenten. Ich könnte sie jetzt alle nochmal durchgehen. Es gibt praktisch keinerlei Unterschied, außer den, dass wir durch diese sehr schwierige Situation, inklusive des nachfolgenden Winters, für alle Seiten erstaunlich erfreulich, nicht ganz so sicher vorhersehbar, aber sehr gut durchgekommen sind. Das heißt, das Ergebnis dieser Politik kriegt absolut den Stempel „gut geleistet“. Und das, muss man sagen, ist auch der Arbeitsebene, aber auch der politischen Spitze des Hauses – das Ergebnis der Arbeit dieses Hauses. Und dafür, finde ich, muss man erstmal auch Danke sagen.

Das heißt, die Veröffentlichungen haben in der Sache absolut null neue Erkenntnisse gebracht. Und das bedeutet auch, dass die Entscheidung, die damals getroffen worden ist, selbst mit dieser neuen Veröffentlichung, auch heute zu keinem anderen Ergebnis kommen würde. Das kann ich für die SPD-Fraktion jedenfalls genau so formulieren. Die Entscheidung, die damals getroffen worden ist, war aus damaliger Sicht mit den damaligen Kenntnissen richtig. Und sie ist es aus heutiger Sicht eigentlich umso mehr.

Zweiter Punkt. Es ging ja auch ein bisschen um die Frage der Kommunikation innerhalb des Ministeriums. Da muss ich sagen, wer eine Behörde politisch leitet, der weiß, in keiner Behörde gibt es



ENTWURF

immer nur eine Meinung. Sondern gerade in den kniffligen Fragen wird immer miteinander diskutiert. Und es wird immer kontroverse Meinungen geben. Und trotzdem ist es innerhalb der Hierarchie immer so, dass irgendwer Entscheidungen treffen muss. Es ist auch klar, dass zu der Spitze eines Hauses nicht immer jedes Detail und jeder Vermerk und jede kritische Stimme weitergeleitet werden kann. Fragen Sie, liebe Union, mal ihre ehemaligen Ministerinnen und Minister. Ich sehe einen Herrn Heilmann, der mal Senator in Berlin war. Auch da wird nicht immer jedes Detail und jeder Vermerk eins zu eins weitergeleitet. Das ist praktisch nicht möglich. Und dafür gibt es eben in diesen Behörden auch die Hierarchiestufen, die eben auch eine gewisse Auswahl treffen müssen, weil das anders gar nicht funktionieren würde.

Und selbst in diesem Punkt sehe ich in diesen Veröffentlichungen ehrlich gesagt nichts, was skandalträchtig wäre und was dazu den Verdacht mehren würde, hier wäre irgendwie unlauter, irgendwie geheimniskrämerisch oder in irgendeiner Art und Weise unschicklich vorgegangen worden. Ich kann das ehrlich gesagt nicht erkennen. Von daher ist es gut, dass wir heute darüber reden. Es ist auch gut, dass wir öffentlich darüber reden. Dann kann man das nochmal ausräumen. Ich finde, die Ausführungen des Ministers haben das auch nochmal getan. Insofern: vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Ich rufe auf Dr. Andreas Lenz von der CDU/CSU-Fraktion.

Abg. **Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Danke, Frau Vorsitzende. Danke, Herr Minister, für die zuge-sagte Transparenz.

Um was geht es eigentlich? Es geht ja um die Entscheidung von damals. Es geht darum, dass andere Länder beispielsweise auch anders entschieden haben. Und es geht deswegen um die Entscheidungs-basis. Und Sie sind ja immer gegen Konformismus, gegen Groupthink. Es deutet aber einiges darauf hin, dass in Ihrem Ministerium genau das passiert ist. Also nochmal die Frage, den Vermerk vom 3. März, den Sie vorhin auch angesprochen haben, ab wann kannten Sie diesen?

BM **Dr. Robert Habeck**: Seit gestern.

Abg. **Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Wenn ich weiter fragen darf. Welche Staatssekretäre oder welche Personen des Leitungsstabes kannten diesen Vermerk vom 3. März? Wissen Sie das?

BM **Dr. Robert Habeck**: Meiner Kenntnis nach hat er den Leitungsstab nicht erreicht, sondern ist auf der Fachebene diskutiert worden und ist dann eingegangen in die Prüffragen, in die Prüfdiskussionen mit den Betreibern.

Abg. **Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Finden Sie das okay oder hätten Sie sich da mehr Diskussionen innerhalb oder auch eine Info an Sie gewünscht?

BM **Dr. Robert Habeck**: Die Diskussion ist ja erfolgt. Wir haben permanent diskutiert und zwar die Fragen, exakt die Fragen, die in dem Vermerk aufgerufen sind. Wenn Sie den Vermerk lesen, werden Sie sehen, dass er sehr stark im Konjunktiv geschrieben ist, dass das Wort „potenziell“ da drin steht. Und das ist ja genau richtig. Das ist die Frage, die ich dem Haus gestellt habe. Deswegen bin ich froh und erwarte nichts anderes, als dass auf allen Ebenen darüber diskutiert wird, welche Szenarien denn denkbar sind. Und dann haben wir diese Fragen – ich persönlich diese Fragen ohne Kenntnis des Vermerks – aber in den Gesprächen mit Abteilungsleitungen, Staatssekretär, unserer Leitungsebene, mit den Betreibern der Kraftwerke diskutiert. Und die Antwort von ihnen war, potenziell würde natürlich ein Weiterlaufenlassen der Atomkraftwerke den Stromsockel erhöhen und damit quasi Gaskraftwerke rausdrängen, bis auf die Peakleistung oder die Wärmeversorgungsleistung, die man dann eben nicht ersetzen kann durch Atomkraftwerke. Aber nützt halt nichts, weil die Brennelemente Ende des Jahres alle sind.

Und die einzige Frage, die dann, ich führte es schon aus, dann zu durchdenken und zu entscheiden war, war: Würde eine Absenkung der Atomleistung im Sommer uns insgesamt helfen? Und im Sommer, das ist aber jetzt schon fast wieder vergessen, oder im Frühsommer, waren die Gasspeicher verzweifelt leer. Also meine erste Sorge damals war nicht, wie stabil ist das Stromsystem, sondern: Haben wir überhaupt genug Gas, um durchzukommen? Das hat sich dann im Laufe des Jahres wegen Ausfall-AKW's und so weiter



ENTWURF

verschoben, die Diskussion hat sich verschoben. Aber damals fühlte ich mich in dem Sinne gut informiert, dass wir exakt die Fragen in dem Vermerk permanent diskutiert haben.

Abg. **Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Gut informiert eher von RWE und anderen Unternehmen oder eher von Ihrem Haus?

BM **Dr. Robert Habeck**: Von meinem Haus, von den Mitarbeitern und in dem Gespräch, das wir waren in dieser Phase nicht in einer Situation, wo irgendjemand einen anderen belehrt hat. Also wo das Haus gesagt hat, „aber das steht nicht so im Gesetz“ oder die RWEs gesagt haben, „können wir nicht machen, weil es steht nicht im Gesetz“. Sondern es war eine Diskussion, wo alle Leute, die Expertise hatten, beigetragen haben, eine potenzielle Notlage vom Land abzuwehren. Insofern fühlte ich mich vom Haus wie auch von den CEOs fair und gut beraten.

Abg. **Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Allerletzte Frage mit Ja oder Nein zu beantworten. Es gibt noch einen Prüfvermerk vom 7./8. März 2022, der ist noch auf der Homepage–

Die **Vorsitzende**: Ich lasse es kurz zu.

Abg. **Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Halten Sie den für vollumfassend richtig, den Prüfvermerk, der noch auf Ihrer Homepage ist vom 7./8. März 2022?

BM **Dr. Robert Habeck**: Der Prüfvermerk gibt das gemeinsame Gespräch– und ist gemeinsam verabschiedet worden oder geeint worden mit den CEOs der Energieunternehmen. Ich habe noch private Aufzeichnungen gehabt, die das nochmal eindrücklich hinterlegen. Der Prüfvermerk ist der Stand der Diskussion mit den Energieunternehmen von damals.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Ich rufe auf Herrn Herrmann von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. **Bernhard Herrmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Sehr geehrter Herr Dr. Lenz. Es sind alle Dinge,

die in diesen Prüfvermerken stehen, die in diesen Unterlagen, die uns hier vorliegen, breit diskutiert worden in der gesamten Zeit. Sie waren natürlich auch Diskussionspunkte der Fraktionssitzung bei uns. Es ist geradezu abenteuerlich zu erwarten, dass der zuständige Minister davon keine Kenntnis gehabt haben soll. Die Dinge waren alle auf dem Tisch. Die waren alle breit diskutiert mit Für und Wider und ordnungsgemäß abgewogen.

Die Darlegung der inhaltlichen und zeitlichen Verläufe ist erfolgt. Ich halte es auch aus Kenntnis von Verwaltungshandeln auf allen Ebenen, ob im Land, ob in Kommunen oder im Bund, für absolut reguläres und sehr sauberes und sehr tiefgehendes Verwaltungshandeln, der Situation vollkommen angemessen. Es ist vollkommen normal, dass politische Beamte politische Einschätzungen einfließen lassen in Unterlagen, die sie dann sehr transparent – wie in dem Fall – gemacht haben.

Aber ich möchte mich anschließen an das, was Ralph Lenkert sagte. Wir haben heute den Tschernobyl-Tag. Ich möchte, dass wir dem auch insofern gerecht werden, dass wir die immer noch bestehenden Transparenzprobleme der Atomwirtschaft, die es auf ganz vielen Ebenen überall in der Welt gibt, auch nicht vergessen und in den Blick nehmen. Ich habe damals in Tschernobyl den Grundwehrdienst ableisten müssen und wir haben in der damaligen DDR keinerlei Informationen bekommen. Wir robbten zwei Tage später durch den brandenburgischen Sand und sammelten danach Pilze in brandenburgischen Kiefernwäldern. Das war die Realität. In Westdeutschland war das etwas anders, da war etwas Information da, aber auch da hielt man es für unbedenklich, wenn Kinder draußen spielen und weiter Sport treiben.

Ich möchte darauf hinweisen, weil das bis heute weitergeht, dass beispielsweise jetzt in den massiven Überschwemmungsgebieten Südrusslands, die infolge des ungewöhnlich schnellen Abschmelzens des sibirischen Eises massive Überschwemmungen bringen, im Oranienburger Gebiet Urangruben überschwemmt werden. Uran wahrscheinlich, nach Einschätzung der Frankfurter Rundschau vom 23. April, ausgetragen wird. Und



ENTWURF

wir daran insofern Mitverantwortung tragen in der westlichen Welt, dass von Rosatom wie die Frankfurter Rundschau berichtete im Wert von 1,2 Milliarden Euro Uran in die USA exportiert wird und auch nach Westeuropa, dort signifikante Mengen gibt, was auch die RIA Novosti durchaus feierte, dass der politische Gegner dort weiterhin auf russisches Uran angewiesen ist. Das möchte ich bitte mal zur Transparenz beitragen, wenn wir über Transparenz in dem Zusammenhang reden. Wir haben deutlich gemacht, dass wir in keiner Weise trotz des Abschaltens der AKWs, trotz des Rückgangs der Braunkohleverstromung, abhängig wurden.

Anders sieht das beispielsweise in Finnland aus, die bereits das nagelneue AKW Olkiluoto, eins von drei in marktwirtschaftlichen Systemen Europas neu gebauten AKWs, das Olkiluoto – ich mach mal drei, vier Sekunden länger, ich bin gleich fertig – dass sie das seit zwei Monaten warten, ein AKW, was gerade Ende letzten Jahres in Betrieb ging. Das ist die Realität der Atomwirtschaft und wer den Menschen vormacht, damit wieder bezahlbare Strompreise zu bringen, der macht ihnen was vor, der lügt sie wirklich an.

Die **Vorsitzende**: Dankeschön, ich rufe auf Karsten Hilse von der AfD-Fraktion.

Abg. **Karsten Hilse** (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, Herr Minister. In dem Artikel von Cicero, der sozusagen zu Beginn quasi vermeintlich Unstimmigkeiten aufdeckte, da geht es um einen Vermerk, der von Herrn Niehaus, also dem Nachfolger von Herrn Graichen, quasi umgeschrieben worden sein soll – Entschuldigung, ich kann nur das wiedergeben, was hier drin steht. Ich bin ja nicht weiter informiert. Also der Nachfolger von Herrn Graichen, da gab es einen Vermerk, also eine Einschätzung aus Ihrem Haus. Entschuldigung, ich kann nur das hier herausnehmen, was ich lese. Mehr habe ich jetzt nicht, bzw. das konnte ich jetzt in der Schnelle nicht durchlesen. Da geht es darum, dass vorher quasi das Institut GRS beteiligt gewesen war und dann wurde die Beteiligung quasi herausgeschrieben, also wurde dann quasi nicht mehr erwähnt. Den Vermerk

haben Sie dann wahrscheinlich bekommen. In der ersten Einschätzung geht es also darum, dass ohne Probleme, ohne sicherheitstechnische Probleme zumindest, ein Weiterbetrieb möglich wäre. Dies wurde dann letztendlich durch den Herrn Niehaus – habe ich mich da verlesen, ist das der Nachfolger von Herrn Graichen?

BM **Dr. Robert Habeck**: Der Nachfolger von Herrn Graichen heißt Nimmermann.

Abg. **Karsten Hilse** (AfD): Ja, das kann ja mal passieren, oder? Schön, dass ihr euch so lustig macht über eine ernste Sache. Das ist die Frage, also diesen ersten Vermerk, der also mit GRS quasi zusammen erstellt wurde durch Ihre Referenten, der war Ihnen nicht bekannt, sondern nur der zweite. Habe ich das so richtig mitbekommen?

BM **Dr. Robert Habeck**: Das, was Sie aus Cicero zitieren, bezieht sich auf Vorgänge im BMUV, auf atomrechtliche Vorgänge. Deswegen verweise ich nochmal auf die parallel stattfindende Sitzung des Umweltausschusses, wo ja die Atomaufsicht stattfindet. Ich würde vielleicht zwei Anmerkungen machen in 37 Sekunden.

Erstens, Abteilungsleiter sind nicht nur die Sekretäre ihrer Referenten oder ihrer Referate, sondern sie haben die Aufgabe, die Diskussion vorzustrukturieren und auch zu bewerten. Sie sind politische Beamte, sie tragen eine hohe Verantwortung und sind deswegen auch in einer besonderen Verantwortung, die Dinge nach Ihren Kenntnisständen zu gewichten. So ist die Hierarchie eines jeden Hauses aufgebaut, sonst müsste man keine Abteilungsleitung haben, sondern es könnte eins zu eins immer alles durcheinander gehen. Umgekehrt ist es allerdings wichtig, dass die Abteilungsleitung den Ministern und Ministerinnen die jeweils relevanten Informationen zutragen bzw. sie damit versorgen. Das habe ich eben schon ausgeführt. Die Diskussion, die ich damals geführt habe, entspricht der Diskussion, die in den Referaten geführt wurde.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Minister. Ich muss mit Blick auf die Zeit und das Plenum Herrn Kruse bitten, zu sprechen.



ENTWURF

Abg. **Michael Kruse** (FDP): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. Herr Hilse, wir lachen nicht. Wir sind erschüttert darüber, dass Sie nicht mal die wichtigen politischen Akteure in dem Fachbereich kennen, den Sie hier mitbegleiten. Wenn Sie nicht mal den Staatssekretär namentlich kennen, dann zeigt es nur die Qualität Ihrer Arbeit auf. Ich teile das, was einige Vorredner gesagt haben. Die Abwendung der Energiekrise ist uns mit großem Aufwand gelungen. Wir haben, das habe ich in meinem ersten Beitrag schon dargestellt, eine Reihe von Gesetzen beschlossen, um die Energiekrise abzuwenden.

Wir führen in der Tat zu großen Teilen die gleiche Debatte wie im Jahr 2022. Mit dem kleinen Hinweis, der sei mir dann erlaubt: Nach monatelanger Debatte war es allerdings erst möglich, einen Streckbetrieb zu erreichen, was wir sehr lange gefordert haben. Ich teile nicht die Einschätzung der Kollegen, die hier vorgetragen haben, es wäre in einem deutschen Ministerium dem Zufall überlassen, ob wichtige Einschätzungen der Fachabteilung auch die Leitungsebene inklusive des Ministers erreichen. Wer das darstellt, der sollte sich überprüfen, ob er das richtige Bild von dem Funktionieren unserer Demokratie hat. Für den März 2022 ist klar, dass ein sehr eiliger Prüfvermerk erstellt wurde. Man konnte öffentlich nachlesen, wie hier Einschätzungen dieses Prüfvermerks quasi aus der Leitungsebene ins Gegenteil verkehrt worden sind. Ich glaube, das ist auch unstrittig.

Ich wundere mich, dass von Seiten des Ministeriums noch im Juli 2022 dargestellt wurde, dass es kein Stromproblem, sondern nur ein Gasproblem gäbe. Das war auch damals schon nicht richtig, wie ich eben in meiner zitierten persönlichen Erklärung auch schon dargestellt habe. Ich wundere mich darüber, dass der Leitungsstab des Wirtschaftsministeriums ein Dokument beauftragt bei der Fachabteilung, dessen Ergebnis ihm dann nie zur Kenntnis gelangt und das in einer solchen Lage offensichtlich niemanden weiter interessiert hat oder es dazu keine weiteren Unterlagen gibt, in welche Richtung sich das entwickelt hat. Herr Minister, haben Sie eigentlich auch mal direkt mit der Fachabteilung gesprochen? Wir haben das ja

auch getan. Stört es Sie eigentlich, dass offensichtlich die Ergebnisse der Fachabteilung hier gravierend verändert wurden?

Die **Vorsitzende**: Herr Minister.

BM **Dr. Robert Habeck**: Dem widerspreche ich in nahezu allen Punkten, sowohl in der Deutung wie fachlich in der Deutung, dass Vermerke ins Gegenteil verkehrt werden. Das ist einfach nicht wahr. Das ist unwahr. Ich widerspreche dem an der Stelle und fachlich ebenfalls. Nebenbei wurde gesagt, dass wir ein Stromproblem in der Mengenerzeugung haben, das jedenfalls, Herr Kruse, nehme ich an, haben Sie gemeint. Ich verweise auf den Stresstest vom September, Seite 38. Dort haben die Netzbetreiber, also 50Hertz, Amprion TenneT, TransnetBW, unabhängige Wirtschaftsunternehmen aufgezeigt, welche Substitutionen der Weiterbetrieb der Kraftwerke hätten. Das wären für die Stromerzeugung aus Erdgas 0,9 Terawattstunden, 0,7 Terawattstunden für Steinkohle, 0,5 für Braunkohle. Alles zusammen addiert ungefähr 1,5 Terawattstunden. Wir verbrauchen in Deutschland ungefähr 540 Terawattstunden. Unstrittig produzieren Atomkraftwerke Strom. Aber dass wir ein Mengenproblem hatten, ist noch immer falsch verstanden. Was wir hatten im Sommer wegen des Ausfalls der AKWs und der Dürre und so weiter und der Wassermangellage in den österreichischen und Schweizer Wasserkraftwerken, ist ein netztechnisches Problem, ein Spannungsproblem. Das ist das Problem damals gewesen. Insofern ist die Ausführung auch fachlich nicht korrekt.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich schließe die Sitzung und bedanke mich für die konstruktive Atmosphäre. Ich danke Ihnen, Herr Minister, für Ihre Ausführungen. Die Sitzung ist geschlossen.



ENTWURF

Schluss der Sitzung: 8:52 Uhr
CB

Katrin Zschau, MdB
Vorsitzende